



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Sport, Veranstaltungen und Freizeit

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: SVA/01/2025
Sitzungsdatum: Dienstag, 28.01.2025	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 17:58 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Robert Schidlmeier	
Frau Stadträtin Brigitte Fuchs	
Herr Stadtrat Albert Wittmann	
Herr Stadtrat Christian De Lapuente	
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann	Vertretung von Herrn Stadtrat Mittermaier
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	bis 17:28 Uhr, TOP 3 öSi
Herr Stadtrat Christian Höbusch	
Herr Stadtrat Klaus Böttcher	
Herr Stadtrat Ulrich Bannert	
Herr Stadtrat Fred Over	
Herr Stadtrat Karl Ettinger	
Herr Stadtrat Sepp Mißbeck	
Entschuldigt	
Herr Stadtrat Klaus Mittermaier	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung**4**

- 1 . Außenbestuhlung für folgenden Gastronomiebetrieb Bombay Palace Münchener Straße 103
(Referent: Herr Hoffmann)
Vorlage: V0774/24 4
- 2 . Aufstellung eines mobilen Eisverkaufsstandes im Ferdinand-Maria-Weg
(Referent: Herr Hoffmann)
Vorlage: V0780/24 4
- 3 . Bürgerfest 2025
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0063/25 4

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Änderung zur Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Von der Tagesordnung soll **abgesetzt** werden:

- 1 . Außenbestuhlung für folgenden Gastronomiebetrieb
Bombay Palace Münchener Straße 103
(Referent: Herr Hoffmann)
V0774/24

Die Tagesordnung soll wie folgt **geändert** werden:

- 3 . Bürgerfest 2025
(Mündlicher Bericht: Herr Grandmontagne)

Der mündliche Bericht wird durch die Vorlage **V0063/25** ersetzt.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 1 abgesetzt werden soll, weil es bezüglich des Rad- und Fußweges noch Klärungsbedarf gebe. Die Vorlage solle dann im Sitzungslauf im März behandelt werden.

Abstimmung über die Tagesordnung:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Danach gibt der Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung (§ 38 Abs. 2 der Geschäftsordnung).

Öffentliche Sitzung**Beschließend**

- 1 . **Außenbestuhlung für folgenden Gastronomiebetrieb
Bombay Palace Münchener Straße 103
(Referent: Herr Hoffmann)
Vorlage: V0774/24**

Der Tagesordnungspunkt wird **abgesetzt**.

Beschließend

- 2 . **Aufstellung eines mobilen Eisverkaufsstandes im Ferdinand-Maria-Weg
(Referent: Herr Hoffmann)
Vorlage: V0780/24**

Mit allen Stimmen:

Der Antrag zur Aufstellung eines mobilen Eisverkaufsstandes im Ferdinand-Maria-Weg wird genehmigt.

Beratend

- 3 . **Bürgerfest 2025
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0063/25**

Antrag:

1. Es wird der Durchführung des Bürgerfests im Jahr 2025 zugestimmt.
2. Es wird zugestimmt, im Rahmen der weiteren Haushaltskonsolidierung über den 2-Jahres-Turnus bei der Durchführung des Bürgerfests zu beraten.

Herr Grandmontagne stellt klar, dass er den Antrag in der Stadtratssitzung im Dezember vor dem praktischen Hintergrund eingebracht hatte, weil er eine Entscheidung über die Durchführung des Bürgerfestes im Jahr 2025 brauche. Daraufhin habe es in der Stadtratssitzung selbst und in weiteren Gremien, wie dem Interfraktionellen Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung und dem Ältestenrat, in denen er selbst gar nicht Mitglied sei, auch lebhafte Debatten gegeben. Es gehe nicht darum, das Bürgerfest abschaffen zu wollen, sondern zu überlegen, ob man zu einem zweijährigen Turnus wechsele. Man habe sich deswegen nochmal Gedanken gemacht und nun einen Vorschlag in der Beschlussvorlage abgebildet, für den man eine zeitnahe Entscheidung

benötige, um dann gegebenenfalls die Planungen beginnen zu können. Das Bürgerfest sei ein Posten, der im Haushalt der Referates IV sehr groß und bereits in vielerlei Runden thematisiert worden sei.

Man hatte bis kurz vor der Sitzung Überlegungen angestellt und Gespräche geführt, wie man das Bürgerfest am besten durchführen könnte, teilt Herr Klein mit und fasst im Weiteren die Beschlussvorlage der Verwaltung nochmal zusammen. Viele Bürger sowie Gastrobetriebe und Vereine würden sich ein Bürgerfest wünschen. Aus diesem Grund solle es nicht, wie man bereits die Idee hatte, nur einen Straßenzug oder eine Bühne geben, weil sonst einige Beteiligte ausgeschlossen werden müssten.

Herr Klein geht im Folgenden auf die PowerPoint-Präsentation ein, die dem Protokoll als Anlage beiliegt. Insofern wird auf die Ausführungen dazu verzichtet. Der rot umrandete Bereich auf dem Bild stelle den Plan des Bürgerfest-Geländes des Jahres 2024 und die grüne Linie das etwas kleinere Bürgerfest-Light dar, wenn es 2025 stattfinden solle. Hinsichtlich der Anpassungen seien mit den Beteiligten bereits ausführliche Gespräche geführt worden, um ausreichend Bühnen zu haben. Die blauen Punkte würden die Bühnenstandorte kennzeichnen. Es gebe durchaus auch Bühnenbetreiber, die angekündigt hätten, beim Bürgerfest nicht jährlich beteiligt sein zu wollen, weil es für sie nicht so wirtschaftlich sei. Anlässlich des Falles in Magdeburg werde man hinsichtlich der Sicherheitsmaßnahmen nochmal Gespräche führen. Zur genauen Entwicklung der Kosten für das Bürgerfest könne man zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage machen. Allerdings könne man davon ausgehen, dass man mit dem bisherigen Budget trotz der eventuell etwas höheren Kosten im Sicherheitsbereich und dem kleineren Gelände des Bürgerfestes gut hinkommen werde. Vielleicht komme es zu Einsparungen; dies könne Herr Klein aber derzeit noch nicht versichern. Deswegen habe man sich mit dem Thema der Einnahmensteigerung auseinandergesetzt. Er fasst im Folgenden den entsprechenden Punkt in der Beschlussvorlage auf Seite 5 zusammen. Es habe den Vorschlag gegeben, für das Bürgerfest einen Eintritt zu verlangen. Dies sei anhand des Geländes in der Innenstadt mit seinen vielen Zugängen und dem dann benötigten zusätzlichen Personal, der Absperzung der Zugangsstraßen und den dortigen Anwohnern fast unmöglich. Aber es sei möglich, beispielsweise mit Festmarken zu arbeiten, die an gewissen Stellen oder auch im Vorfeld gekauft werden könnten. Die Bürger könnten damit ein Zeichen setzen, um einen Beitrag für das Bürgerfest zu leisten oder einfach ein Andenken daran zu haben. Grundsätzlich wolle das Kulturamt nicht dauerhaft auf das Bürgerfest verzichten. Nichtsdestotrotz müsse man sich der schwierigen Haushaltslage, mit der man

sich tagtäglich beschäftige, stellen. Deswegen komme man zwangsläufig zu der Überlegung, ob man den teuersten Kostenposten in Höhe von 350.000 Euro des Kulturamtes nicht etwas reduzieren könne, in dem auf den zweijährigen Turnus gewechselt werde. Dies würde den Vorteil bringen, nicht auf jeden Cent schauen zu müssen, sondern ein wirklich schönes Bürgerfest auf die Beine stellen zu können, erklärt Herr Klein. Dies solle im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsprozesses nochmal in Ruhe diskutiert werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stellt klar, dass der Vorschlag nun sei, das Bürgerfest 2025 stattfinden zu lassen und nicht über das „Ob“ des Bürgerfestes zu entscheiden, sondern den Wechsel zum zweijährigen Rhythmus.

Stadtrat De Lapuente betont, dass die Bürger das Bürgerfest lieben würden. Derzeit könne man sich gar nicht vorstellen, auf den Zweijahres-Turnus zu wechseln. Er schlägt vor, darüber nochmal in Ruhe zu diskutieren. Man sei froh, wenn es 2025 stattfinden würde. Gerade nach der letzten Stadtratssitzung habe es unter anderem bei vielen Vereinen und anderen Akteuren große Sorgen gegeben, wie sie ihre Einnahmen generieren könnten, wenn es das Bürgerfest nur noch alle zwei Jahre gebe. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Beschlussvorlage so zustimmen.

In sozialen Netzwerken würde teilweise sehr kleinteilig gedacht werden und es habe niemand der Stadträte oder der Stadtverwaltung geäußert, dass es kein Bürgerfest geben solle, stellt Stadtrat Over klar. Sondern es gehe vielmehr um den Haushalt der Stadt Ingolstadt, der seitens der Regierung von Oberbayern bisher noch nicht genehmigungsfähig gewesen sei. Auch die Situation um Magdeburg dränge zu einer erhöhten Sicherheit, was die dafür aufgebrachten, bisherigen Kosten steigen lassen werde. Es sei wichtig, die Kosten freiwilliger Aufgaben gegen Pflichtaufgaben abzuwägen. Schließlich würden beispielsweise auch Kitagebühren ansteigen und von den Eltern gezahlt werden müssen. Er findet, dass ein reduziertes Bürgerfest nicht geeignet sei. Die ödp-Stadtratsgruppe werde angesichts der schwierigen Haushaltslage gegen ein Bürgerfest 2025 stimmen und bittet den Stadtrat um Unterstützung. Er schlägt vor, bereits jetzt zum zweijährigen Rhythmus zu wechseln.

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wolle das Bürgerfest, so Stadträtin Krumwiede. Sie könne den Unmut der Bevölkerung nach dem abgegebenen Stimmungsbild der letzten Stadtratssitzung durchaus nachvollziehen. Der zweijährige Tur-

nus sei durchaus geeignet, sollte aber erst im Jahr 2026 begonnen werden. Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei der Meinung, dass 2025 kein Bürgerfest stattfinden solle. Sie betont, dass dies keine leichte Entscheidung gewesen sei. Die Haushaltslage gestalte sich so schwierig, weswegen bereits über Kleinstbeträge diskutiert werde. Gerade auch in der Kulturszene seien zwangsweise viele Angebote gekürzt worden. Unter diesen Umständen das Bürgerfest stattfinden zu lassen, gebe ein falsches Signal an die Bevölkerung ab. Denn einerseits habe man das Geld zum Feiern, auf der anderen Seite müssten beispielsweise Kita-Gebühren angehoben werden. Dies schüre eine falsche Erwartungshaltung. Aus diesen Gründen stimme man gegen ein Bürgerfest 2025, aber für einen zweijährigen Turnus ab dem Jahr 2026.

Stadtrat Mißbeck plädiert dafür, dass Bürgerfest im Jahr 2025 durchzuführen, aber dann über den zweijährigen Turnus zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden, wenn man wisse, wie sich die Haushaltssituation genau entwickle. Dann könne man immer noch sagen, das Bürgerfest 2026 nicht stattfinden zu lassen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist auf die Kommunalwahlen 2026 hin, die dann ebenso Argumente für ein Bürgerfest 2026 liefern könnten.

Wenn man die Beschlussvorlage heute ablehne, habe man trotzdem noch jährlich ein Bürgerfest, weil dieser Beschluss in der Vergangenheit so gefasst worden sei, bemerkt Stadtrat De Lapuente.

Das Hauptthema, das Stadtrat Böttcher Bauchschmerzen bereite, sei die Sicherheit. Man sollte den Ingolstädter Bürgern zumindest im Jahr 2025 nochmal ein Bürgerfest gönnen, äußert er. Das Thema sei in den sozialen Medien sehr brisant gewesen. Er sei aber auch privat darauf angesprochen worden. Es seien nicht nur die Ausgaben-seite zu beachten, sondern auch die Geschäftsleute, die ihre Umsätze und ihre Gewinne generieren würden, wiederholt Stadtrat Böttcher Stadtrat Ettingers Aussage. Den grün umrandeten Bereich für das Bürgerfest 2025 findet er gut und umsetzbar, weil die Donau sehr witterungsabhängig sei und viele Kosten in die dortige Bühne investiert würden. Wenn es schlechtes Wetter gebe, sei dort selbstverständlich nicht viel los. Damit wäre ein kleines Einsparungspotenzial möglich. Über den zweijährigen Turnus solle nach dem Bürgerfest entschieden werden, da man dann alle Fakten habe und auch sehe, wie man die Sicherheit gehandhabt habe. Danach sei die Entscheidung möglicherweise etwas leichter. Die FW-Stadtratsfraktion stimme der Beschlussvorlage zu.

Es gebe wenig kulturelle Veranstaltungen, bei denen so viele Menschen partizipieren würden, wie vom Bürgerfest, betont Stadtrat Ettinger. Das Bürgerfest sei eine kulturelle Großveranstaltung, ursprünglich von Vereinen für Vereine und trage zu vielen Zielen, wie der Stadtidentität, der Einbeziehung alter und neuer Bürger und zur Innenstadtbelebung bei. Außerdem sei es ein Wirtschaftsfaktor und man dürfe die Einnahmen auf Seiten der Stadt Ingolstadt und den Gastronomen nicht außer Acht lassen. Im Jahr 2025 sollte das Bürgerfest unbedingt stattfinden, so Stadtrat Ettinger. Er plädiert dafür, es weiterhin jährlich stattfinden zu lassen. Möglicherweise könnten auch andere Feste integriert werden, indem die Gruppierungen etwas eingebunden werden würden, überlegt er. Auch die Innenstadthändler hätten ihm viel positives Feedback gegeben, als er sich in der letzten Stadtratssitzung so für das Bürgerfest eingesetzt hatte. Die Donaubühne habe gerade auch für die jungen Leute eine besondere Bedeutung. Erst vor ein paar Jahren sei für die dortige Bühne viel Geld ausgegeben worden, um diese nahbarer zu machen. Diese sei mit dem Taktraumfestival dort ein Highlight. Vielleicht könne der Bereich dort in irgendeiner Weise bestehen bleiben. Sogar im Wallstreet Journal habe es einen Beitrag über die Diskussion der Ingolstädter über die Durchführung des Bürgerfestes gegeben. Diesen Link könne er allen, die ihn möchten, zusenden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bittet darum, den Link an alle zu verteilen.

Das Stimmungsbild in der Stadtratssitzung am 17.12.2024 sei ungünstig gewesen, bedauert Stadtrat Schidlmeier. Denn so wurde das Bürgerfest, entgegen dem, was man gewollt habe, zu einem Wahlkampfthema. Es habe zahlreiche Emotionen ausgelöst und zur Reduktion der Sachlichkeit geführt. Das Feiern sei für alle Bürger, der ganzen Region und darüber hinaus wichtig. Nichtsdestotrotz müssten alle Themen, wie auch der nichtbeschlossene Haushalt und die Einsparungen miteinbezogen werden. Richtige Einsparungen könne die CSU-Stadtratsfraktion nicht feststellen, weshalb man von Kosten in Höhe der 350.000 Euro ausgehe. Bei dem zweijährigen Turnus könne die CSU-Stadtratsfraktion mitgehen.

Stadträtin Fuchs plädiert grundsätzlich für ein zweijähriges Bürgerfest. Allerdings sollte geprüft werden, dass es nicht mit dem Neuburger Schlossfest zusammen falle. Der Schleifmühlplatz sei eher das ruhige Eck des Bürgerfestes gewesen und mittlerweile seit zehn Jahren nicht mehr Bestandteil desselben. Nun habe es Herr Klein im grün markierten Bereich wieder aufgenommen. Auch das Gebiet hinten an der Dollstraße

bis zum Taschenturm sei bei den letzten Bürgerfesten immer sehr schlecht besucht gewesen. Die Bühne an der Donau habe es bisher zweimal gegeben, weshalb man nicht sagen könne, dass dort immer alles rund gelaufen sei. So sei auch die Donaustraße bisher aufgrund von Umbaumaßnahmen immer gesperrt gewesen. Die Einsparungen, die Herr Klein dargelegt habe, könne man nicht einsparen, weil sie kein Bestandteil des Bürgerfestes gewesen seien, kritisiert sie.

Es spreche viel für, aber auch gegen die Durchführung des Bürgerfestes, stellt Stadtrat Bannert fest. Die längerfristige Belegung und der Anlass von 40 Jahren Bürgerfest seien starke Aspekte für die Durchführung des Festes im Jahr 2025. Dadurch, dass die Beschlussvorlage erst sehr spät zugestellt worden sei, bittet er, diese zurück in die Fraktionen zur Beratung zu geben. Er persönlich stehe dem Bürgerfest positiv gegenüber. Nichtsdestotrotz wolle er die Meinung seiner Kollegen der AfD-Stadtratsfraktion und der weiteren Fraktionen und Gruppierungen abwarten. Dem Wortbeitrag seitens Stadträtin Fuchs schließt er sich an. Er geht davon aus, dass der Stadtratsantrag „Prüfung der Durchführung eines „Bürgerfest Light“ in Ingolstadt“ der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 19.12.2024 in die Beschlussvorlage miteingeflossen sei und damit auch das grün markierte Gebiet für 2025 entstanden sei. Die Aussage, dass keine Kosten eingespart werden könnten, störe ihn, denn genau das sei die Aufgabe der Verwaltung, zu prüfen, an welcher Stelle Einsparungen möglich seien. Wenn die Bühne an der Donau eingespart und damit auch die Wasserwacht nicht benötigt werde, könne es nicht sein, dass keine Kosteneinsparungen möglich seien. Bei den Sanitäranlagen interessiert ihn, ob deren Einnahmen an die Stadt gingen oder an denjenigen, der sie aufstelle. Beim Sicherheitsaspekt stimmt Stadtrat Bannert Stadtrat Over zu, dass dieser noch verschärft werden müsse. Das Bürgerfest müsse so durchgeführt werden, dass sich alle sicher fühlten und niemand aus Angst nicht hingehe. Die Sicherheit müsse bestmöglich gewährleistet und auch nach außen kommuniziert werden. Des Weiteren stelle sich die Frage, ob der Ausgabenfaktor mit dem grün oder rot markierten Bereich berechnet worden sei. Eine Darstellung welcher Bereich was koste, wäre hilfreich. Stadtrat Bannert bittet darum, seine Fragen und Anmerkungen bis zur Stadtratssitzung am 26.02.2025 zu klären. Wichtig sei, das Signal an die Bevölkerung, dass man das Bürgerfest so schön, so kostengünstig und so sicher wie möglich, gestalten werde. Außerdem müsse bei Diskussionen um das Thema in den verschiedenen Gremien die Ernsthaftigkeit im positiven sowie im negativen Sinne gewahrt bleiben.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll vergewissert sich bei ihrem Vorredner, dass der Antrag gestellt wurde, die Beschlussvorlage zurück in die Fraktionen zu geben.

Der Beginn des zweiten Konsolidierungsprozesses mit Einsparvorschlägen seitens der Verwaltung, bei dem man nicht wisse, worüber man abstimmen müsse und werde, stehe kurz bevor, merkt Stadtrat Höbusch an. Es gehe nicht nur um das Jahr 2025, sondern auch um die mittelfristige Finanzplanung der Jahre 2026 bis 2028, in dessen Zeitraum zwei Bürgerfeste fallen würden. Er stimmt Stadträtin Krumwiede zu, 2025 kein Bürgerfest durchzuführen und ab dem Jahr 2026 dieses im zweijährigen Turnus stattfinden zu lassen. Er warnt davor, das Bürgerfest stattfinden zu lassen, aber auf der anderen Seite im Rahmen der Konsolidierung, zum Beispiel wieder über eingeschränkte Öffnungszeiten der Schwimmbäder oder sogar bis hin zu deren Schließung, diskutieren zu müssen. Angesichts der Unsicherheiten, die Herr Klein geäußert habe, sehe Stadtrat Höbusch 2025 keine Durchführung des Bürgerfestes. Stadtrat Wittmann habe in der vergangenen Stadtratsperiode betont, auf Sicht fahren zu müssen und darum komme man in der jetzigen Situation nicht mehr herum. Schließlich gebe es noch zahlreiche weitere emotionale und äußerst schwierige Themen, über die diskutiert und abgestimmt werden müssten.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stimmt ihrem Vorredner zu, dass bei der Diskussion um die Haushaltskonsolidierung dann einige Emotionen im Sitzungssaal zu verspüren sein werden. Der Haushalt werde erst im April entschieden. Bis dieser letztlich genehmigt sei, dauere es nochmal. Allerdings müsse aus Gründen der Planung bereits jetzt darüber abgestimmt werden, ob das Bürgerfest 2025 stattfinden solle, oder nicht und dabei gelte es, alle Aspekte nüchtern zu betrachten. Auch sie wolle nicht zwischen den Schwimmbädern und dem Bürgerfest, oder der Theatersanierung und der Sportförderung entscheiden. Doch solche Diskussionen werde man in Zukunft nicht vermeiden können.

Man werde nicht nur Diskussionen führen, sondern auch entscheiden müssen und dabei werde man Themen wie die Schwimmbäder nicht vermeiden können, meint Stadtrat Wittmann. Wo die 30 Millionen Euro Einsparungen herkommen sollen, um den Haushalt für das Jahr 2026 aufstellen zu können, sei ihm ein Rätsel. Er habe große Bedenken, ob das funktionieren werde. Nächstes Jahr werde man zur gleichen Zeit über das Bürgerfest 2026 diskutieren und sicherlich beschließen, dass es stattfinden

solle, weil man sich zu der Zeit im Wahlkampf um die Kommunalwahl befinde. Die Bedenken seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Stadtrat Over könne er durchaus nachvollziehen. Stadtrat Wittmann stellt klar, dass er nicht aus Überzeugung, sondern aus Solidarität, der Beschlussvorlage zustimmen werde, weil man nicht wisse, was in Zukunft noch auf die Stadt zukomme. Bei Audi würden bis zu 10.000 Stellen abgebaut werden und Ingolstadt feiere, als ob nichts wäre. Dazu habe ihn ein Audi-Mitarbeiter gefragt, ob der Stadtrat und die Stadtverwaltung noch nicht begriffen hätten, in welcher Lage man sich befinde. Eigentlich dürften in einer haushaltslosen Zeit wie gerade, keine freiwilligen Leistungen beschlossen werden. Das Bürgerfest sei allerdings eine Ausnahme. Die Regierung von Oberbayern müsse den Haushalt erstmal genehmigen. Auch im Interfraktionellen Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung werde man noch einige Diskussionen diesbezüglich führen. Dass die Oberbürgermeister-Kandidaten sich nicht hinstellen und bekanntgeben würden, dass Bürgerfest einzusparen, sei vollkommen nachvollziehbar. Es gebe allerdings auch viele Bürger, die gegen die Durchführung des Bürgerfestes zugunsten der Haushaltskonsolidierung seien, stellt er klar.

Vielleicht könnte für das Bürgerfest eine Art Eintritt verlangt werden, schlägt Stadtrat Dr. Schuhmann vor. Herr Klein habe dazu gemeint, dass es technisch nicht möglich sei, alle Zugänge entsprechend zu kontrollieren oder abzusperren. Stadtrat Dr. Schuhmann sei aber der Meinung, dass es sich nicht um allzu viele Zugänge handeln dürfte. Man sollte auch darüber nachdenken, ob nicht ein kleiner Obolus, zum Beispiel aus Holz oder einem anderen preiswerten Material angefertigt und dieser beispielsweise für einen Euro verkauft werden könne. So sei es der Bevölkerung möglich, für das Bürgerfest einen kleinen persönlichen Beitrag zu leisten.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll entgegnet ihrem Vorredner, dass die Überlegung für eine Art Obolus bereits in der Beschlussvorlage enthalten sei. Sie könne sich durchaus bereit erklären mal für ein oder zwei Stunden zu sammeln. Vielleicht wären auch andere Stadträte dabei.

Stadtrat Mißbeck könne die Diskussion, die bereits über eine Stunde geführt werde, nicht nachvollziehen, wenn das Ergebnis, nämlich die Durchführung des Bürgerfestes 2025, bereits klar sei. Alle Ingolstädter würden das Bürgerfest haben wollen. Man müsse doch die Relationen zwischen den Kosten und dem Willen und Wunsch aller betrachten.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll entgegnet an ihren Vorredner gerichtet, dass sie durchaus differenzierte Stellungnahmen vernommen habe.

Stadtrat Wittmann zitiert den verstorbenen Altoberbürgermeister Peter Schnell, der in einer schwierigen Haushaltssituation geäußert haben solle, dass man jetzt wo es der Stadt besonders dreckig gehe, man feiern und sagen müsse, dass man sich nicht unterkriegen lasse.

Das grün markierte Gebiet habe man in den letzten Jahren so nicht gehabt, stellt Herr Klein klar. Die Bühne an der Donau sei bereits lange traditionell Bestandteil des Bürgerfestes und sehr beliebt. Der Platz an der Schleifmühle sei lange nicht mehr dabei gewesen, aber nun als etwas ruhigeres Eck wieder mit dazu genommen worden. Die Verwaltung habe bereits mit den Gastronomen und Vereinen, die im rot markierten Bereich ihre Stände hätten und nun im grünen Gebiet nicht mehr, Gespräche geführt worden, um ihnen innerhalb des grünen Geländes einen neuen Platz zu finden. Diese seien positiv gestimmt gewesen. Eine Reduzierung des Bürgerfestes sei demnach durchaus möglich. Aufgrund der Konsolidierung herrsche seit einigen Jahren ein Sparwille. Dieser solle mit den Einsparungen auch klar nach außen signalisiert werden. Die Reduzierung des Geländes könne durchaus zu Einsparungen führen, weil Bühnen wegfallen würden. Allerdings solle der Schwerpunkt auch auf die Sicherheit gelegt werden, wodurch sich die Einsparungen aufheben könnten. An den möglichen Lösungen sei bis Montagmorgen gearbeitet worden, weswegen eine rechtzeitige Zustellung der Sitzungsvorlage vor den Fraktionssitzungen leider nicht möglich gewesen war. Der Vorschlag der Festmarken sei bereits in der Beschlussvorlage integriert, teilt Herr Klein an Stadtrat Dr. Schuhmann mit. Die Idee dahinter sei, dass jeder freiwillig einen kleinen Beitrag für das Bürgerfest leisten könne. Wo genau man dies dann verlange, solle erst am Ende im Detail konzipiert werden und wie viele Einnahmen daraus entstünden, sei jetzt noch nicht absehbar. Aufgrund des Konsolidierungsprozesses im letzten Jahr habe es im Kulturbereich bei den Veranstaltungen, wie dem Weltenklang-Festival, dem Blues-Festival, der Konzerte an der Donaubühne und weitere, viele Einsparungen gegeben. Damit konnte ein hoher sechsstelliger Betrag eingespart werden. Das Bürgerfest sei nicht die erste Veranstaltung, bei der die Kosten verringert werden sollen, betont Herr Klein. Je später die Durchführung des Bürgerfestes beschlossen werde, desto schwieriger werde es für alle Beteiligten, egal ob Stadtverwaltung, Gastronom, Verein und viele weitere, zu planen. Bereits jetzt sei das Signal gekommen, dass bei Shows wahrscheinlich Abstrich gemacht werden müssten, weil die

Zeit nicht ausreichend sei. Normalerweise herrsche Planungssicherheit und es könne bereits ein Jahr im Voraus Vorbereitungen getroffen werden.

Es könne nicht sein, wenn bei der grünen Linie drei Bühnen wegfallen würden, dass keine Kosten gespart werden würden, kritisiert Stadtrat Bannert. Die Kalkulation der Kosten in Höhe von 350.000 Euro sei mit dem rot markierten Bereich gemacht worden. So müsste die Summe für den grünen Bereich entsprechend geringer ausfallen. Diese Differenz müsse für die Sicherheit verwendet werden, um diese entsprechend gut zu gewährleisten.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt an ihren Vorredner gerichtet mit, dass sich die Verwaltung viel Mühe gebe und die Einsparungspotenziale nochmal prüfen werde. Aber die Kosten der Sicherheit bei solch einer Großveranstaltung seien nicht zu vernachlässigen. Schließlich solle diese so gut wie möglich gegeben sein, sodass man das Bürgerfest insgesamt mit gutem Gewissen durchführen könne. Bis zur Stadtrats-sitzung am 26.02.2025 solle an einigen Stellen seitens der Stadtverwaltung noch nachjustiert werden. Die Beschlussvorlage werde zur Beratung zurück in die Fraktionen gegeben.

Man nehme die Sicherheit und das Thema Magdeburg sehr ernst, bekräftigt Herr Grandmontagne. Allerdings müsse er die Illusion einer totalen Sicherheit für solch eine offene Großveranstaltung wie das Bürgerfest nehmen. Denn freiheitliches Leben sei immer ein Risiko und das werde man bei solch einem Fest auch nicht weg-bekommen. Sonst sei es kein Fest mehr. Man werde dann mit der Polizei und den Si-cherheitsbehörden in enger Abstimmung sein, damit auch die Kosten nicht explodieren würden. In den letzten Monaten sei im Referat IV viel konsolidiert worden. Man spare damit einen siebenstelligen Betrag ein. Viele kleine Kulturförderempfänger, die mit sehr kleinen Beträgen vom Referat IV finanziert werden würden, hätten große Angst, dass ihre Förderungen noch gestrichen werden würden. Denn dann wären sie mittellos. Es könne auch nicht sein, an denen zu sparen, die eh schon fast nichts hätten. Denn dadurch würde die Einsparsumme von 30 Millionen Euro auch nicht zu-stande kommen. Es gehe auch nicht darum, das eine gegen das andere auszuspie-len, wie die Schwimmbäder gegen die Kultur, das Bürgerfest gegen das Museum oder das Theater gegen die Sportstätten. Man gebe sich in der Referentenbesprechung und in der gesamten Verwaltung allergrößte Mühe Einsparungen zu treffen. Das Bür-gerfest könne man vielleicht einmal ausfallen lassen. Daran würde niemand kaputt

gehen. Die Haushaltskonsolidierung werde noch schwieriger werden. Doch man werde zusammen Lösungen finden.

Stadtrat Ettinger fragt, ob man nun abstimme, um ein Stimmungsbild zu haben, das der Verwaltung signalisiere, ob sie bereits notwendige Schritte einleiten könne. Insofern wolle er dem Antrag von Stadtrat Bannert, die Beschlussvorlage zur Beratung in die Fraktionen zu geben, widersprechen.

Es bestehe der Geschäftsordnungsantrag, die Beschlussvorlage zur Beratung zurück in die Fraktionen zu geben, stellt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fest. Insofern wolle sie über diesen Antrag nun abstimmen lassen. Außerdem habe bereits jeder eine Meinung abgegeben, wodurch ein Stimmungsbild erkennbar sei.

Wenn die Beschlussvorlage in der Stadtratssitzung am 26.02.2025 keine Mehrheit finde, habe man 2025 trotzdem ein Bürgerfest, weil die Durchführung eines jährlichen Bürgerfestes mit einer Vorlage im Jahr 2023 vom Stadtrat so beschlossen worden sei, gibt Stadtrat De Lapuente zu bedenken.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bestätigt die Aussage ihres Vorredners. Jetzt sei man allerdings nur vorberatend.

Stadtrat Höbusch merkt an, dass bis zur Stadtratssitzung im Februar geklärt werden müsse, was mit der Beschlussvorlage aus dem Jahr 2023 sei. Ansonsten gäbe es einen Änderungs- oder Ergänzungsantrag.

Dies müsse bis zur Stadtratssitzung geklärt werden, aber nicht heute, meint Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll an Stadtrat Höbusch gerichtet.

Es bringe nichts, noch länger zu warten, weil die Verwaltung dringend notwendige Schritte für das Bürgerfest einleiten müsse, warnt Stadtrat De Lapuente. Wenn die Verwaltung bei der Stadtratssitzung den Beschluss bekomme, dass kein Bürgerfest 2025 stattfinden solle, werden sicherlich schon einige Unterschriften für Bühnen und weiteres geleistet worden sein. Man müsse an dem Punkt realistisch bleiben.

Allerdings sei man im heutigen Ausschuss nur vorberatend, entgegnet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll an Stadtrat De Lapuente gewandt. Sie lässt über den Geschäftsordnungsantrag seitens Stadtrat Bannert, die Beschlussvorlage zur Beratung zurück

in die Fraktionen zu geben, abstimmen. Dieser wird mit der Mehrheit der Stimmen abgelehnt. Somit werde über die Beschlussvorlage der Verwaltung in der heutigen Ausschusssitzung abgestimmt.

Stadtrat Höbusch bittet die Verwaltung darum, zu klären, wie die Beschlusslage mit der Vorlage aus dem Jahr 2023 und der jetzigen genau geregelt sei. Denn wenn man die aktuelle Vorlage ablehne, habe man durch den Beschluss im Jahr 2023 trotzdem ein Bürgerfest, wodurch man sich die ganze Arbeit bezüglich der neuen Beschlussvorlage und der jetzigen Diskussion hätten sparen können. Dies solle bis zur Stadtratssitzung geklärt werden.

Das werde bis zur Stadtratssitzung geklärt werden, sagt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll Stadtrat Höbusch zu. Die Beschlusslage gestalte sich so, dass man jährlich ein Bürgerfest habe, bis man etwas Gegenteiliges oder anderes beschließe.

Die Unsicherheit durch das letzte Stimmungsbild in der Stadtratssitzung im Dezember sei gegeben, meint Stadtrat Ettinger. Bei der Bürgerschaft sei angekommen, dass es dieses Jahr kein Bürgerfest geben werde. Es schade nicht, wenn man jetzt ein Stimmungsbild für die Bürger habe. Er bittet um getrennte Abstimmung der Beschlussvorlage.

Mit Zustimmung der Ausschussmitglieder lässt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll getrennt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Getrennte Abstimmung über den Antrag der Verwaltung (V0063/25):

1. Es wird der Durchführung des Bürgerfestes im Jahr 2025 zugestimmt.

Gegen drei Stimmen:

Die Ziffer 1 des Antrags wird befürwortet.

2. Es wird zugestimmt, im Rahmen der weiteren Haushaltskonsolidierung über den 2-Jahres-Turnus bei der Durchführung des Bürgerfests zu beraten.

Gegen eine Stimme:

Die Ziffer 2 des Antrags wird befürwortet.

- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. -